

Beschluss (vorläufig) Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach
- 3 Jahren des Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und
- 5 befeuern sozial-ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von
- 7 Exportüberschüssen,
- 8 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 9 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 10 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu
- 11 Recht festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 12 gesehen hat.“
- 13 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit
- 14 nimmt zu.
- 15 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die
- 16 an Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen
- 17 leben. Das alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 18 gefährdet bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische
- 19 Politik.
- 20 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig
- 21 erschüttern globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale
- 22 Weltwirtschaftsordnung.
- 23 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen.
- 24 Nach Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der
- 25 Konjunktur ab.
- 26 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und
- 27 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.. Wir müssen jetzt den
- 28 Mut haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen
- 29 Breite der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken. .

25 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische
Welt.
26 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit
unseres
27 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
28 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
29 Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein
31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel
zur
32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir
aber
33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen
diese
34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit
35 neu beleben.

36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen
in
37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue
Arbeitsplätze
38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen
39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich
wie
40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit
Produktivität
41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen
anpacken zu
42 können.

43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält
und
44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen
hinweg und
45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**
46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem
ungeregeltem
47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige
Modell der
48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die
Grundlage
49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die
50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die
Verpflichtung
51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und
Finanzsystem
52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung
garantiert –
53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen
für faires,
55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt
56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll
57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen
nachhaltigen
58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise
59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die
Dynamik eines
61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und
innovative
62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die
63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte
von
64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und
unseren
65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können
Bedürfnisse und
66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen
konnten sich so
67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher
68 gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große
69 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur
Übernutzung
70 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen
zu Lasten
71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf
Märkten
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter
öffentlicher
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer
übergeordnete
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach
den
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte
Umwelt-
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung
ökologische und
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften
in
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt
jenseits
84 von Märkten - über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten

Bereichen.

- 85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen
außerhalb
86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits
von
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine
aktive
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen
Rahmenbedingungen für
89 ihre Ausweitung und Absicherung.
- 90 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu
91 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese
92 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir Grüne wollen einen
93 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht,
sondern
94 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen
und des
95 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.
- 96 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert
radikales
97 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit
Konsum
98 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.
- 99 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der
Zukunft
100 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet.
Im
101 Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das
102 Wohlergehen aller Bürger*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine
Politik, die
103 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen
jetzt
104 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl
und
105 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle
einnehmen und
106 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen
möglich ist.
- 107 Es wird gelingen
- 108 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und
Würde
109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso
fördert
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf
globale
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und
112 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.
113 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und

ökologische
114 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-
115 ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für
nachhaltige
116 Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an
der
117 Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global
mitzuwirken.
118 Was Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen nicht brauchen, ist eine
119 wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in
hektischen
120 Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend
neue
121 Welt.

122 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja
ein
123 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des
Erfolges der
124 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um
den
125 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche
Industrie
126 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre
127 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die
Sozialpartnerschaft
128 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

129 Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft
wird dann
130 erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die
131 Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, ohne ihre
Perspektive,
132 ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau
einer
133 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten
Seit an
134 Seit für den Wandel kämpfen.

135 Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler*innen
schalten ihre
136 Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit
fossilen
137 Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne
138 Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches
139 Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen
sind da.

140 **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende
Mehrheit
141 ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in
142 politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit

143 Wirtschaftsvertreter*innen, Bürgerbewegungen, Studierendenorganisationen,
144 Gewerkschaften und
145 kritischen Forscher*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte
146 behaupten, die
147 einer Transformation entgegen stehen.

148 Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische
149 Transformation ebnen:

147 **1. Ein neuer Wohlstandsbegriff**

148 Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben
149 innerhalb der
150 planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen.
151 Unser

152 heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft
153 stetig

154 wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und
155 Arbeitslosigkeit,

156 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es
157 verschärfen sich

158 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes

159 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen
160 miteinander im

161 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch
162 Wachstum soweit möglich von**

163 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das
164 Problem – der damit

165 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken -
166 wie zum

167 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.

168 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer

169 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den
170 maximalen

171 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler
172 Ressourcen zu

173 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch
174 wachstumsunabhängig

175 stabil zu bleiben.

176 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand
177 und

178 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden
179 unseres

180 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von
181 Natur- und

182 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen
183 beispielsweise den

184 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und
185 Abschreibungen

186 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von

Umweltschäden

170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo
wiederhergestellt
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit,
die vor
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands
bildet,
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein
neues**
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um
neben den
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu
messen und
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen
und den
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden Auch für die
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichen über
Nachhaltigkeitsindikatoren
183 wie CO₂-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend
in die
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und
der
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für
nicht
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir
abschaffen. Wir
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass
Aktiengesellschaften
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine
Nachhaltigkeitsstrategie
190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst
möglich,
191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine
Entscheidung der
192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung
dient.

193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft
194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und
sozialen
195 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den
wirtschaftlichen
196 Erfolg eines Unternehmens haben.

197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**¹

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer
intakten
199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO₂-Ausstoß kurz davor, alle
roten
200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher*innen warnen. Das hätte
201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren
wir schon
202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden,
obwohl
203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben.
Politisch werden
204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere
Gesellschaften
205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die
207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt.
Um
208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude**
weitgehend
209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine
zentrale
210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der
211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und
Marktdurchdringung nun
213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit
214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im
nächsten
215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme
erschließen.
216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter
verwenden sowie
217 CO₂-lastige durch CO₂-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen
nicht
219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung**
aus dem
220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft
entfalten
221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein**
mächtiges
222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende
Krisen
223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen,
dass
224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde
Menschen
225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine
grüne
226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit

- dies
- 227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**
228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen
Verhalten in
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch
lohnend ist.
- 230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und
stattdessen
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche
232 Unternehmenspolitik fördert.
- 233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die
verlässliche
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten
Datum kein
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil
die
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften
wird
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die
Schwelle zur
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die
Basis
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.
- 241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben
- 242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt
für alle
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO₂-Minderungsziele und CO₂-
Minderungspfade
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle,
ob die
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele
vor.
- 246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche
Vorgaben. Zum
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen
werden und
248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau
der
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur
planungssicherer
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten
so
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.
- 253 CO₂ muss einen Preis bekommen
- 254 Ein **wirksamer CO₂-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes,
den wir

255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen
sich
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO₂-Ausstoßes und für eine
Umstellung
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen
setzen. Nur so
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO₂-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert
mittelfristig
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur
notwendig,
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche
finanzielle
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und
klimaschädliche**
266 **Subventionen konsequent abbauen**. Insgesamt betragen diese in Deutschland über
57 Milliarden
267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
dem
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die
Nichtbesteuerung von
269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO₂-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen
271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist
erst bei
272 sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch
nicht
273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen
wir
274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den
tatsächlichen CO₂-
275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren
und
276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über
eine
277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die
für
278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese
Investitionen
279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine
280 entsprechende CO₂-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen
sie

283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO₂-neutrale Industrieprozesse in den
284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**
285 **Abschreibungsmöglichkeiten**
285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO₂-neutraler Verfahren und Prozesse**
285 **gezielt fördern.** Die
286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin
286 richten
287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so
288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre
288 Produkte
289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden
291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA)
291 zeitlich
292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die
295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie
296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet
297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze
297 – also
298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht
298 werden.
299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und
300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu
300 Postwachstumsökonomien
301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung
303 aus
304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau
304 von
305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau
305 von
306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.
306 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und
307 Gasheizungen benötigen
307
308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und
308 die
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und
309 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.
310

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu
312 können. Für
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein

Investitionsprogramm in Höhe
314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur
drei
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in**
Höhe von 30
317 **Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im
internationalen
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies
kann über
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe
aufgeschlagen
323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger
energieintensive
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass
Anlagekapital
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft**
umlenken und
331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder
Erdölindustrie
332 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen
Finanzwende
333 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-**
Label für
334 **nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards.
Damit alle
335 Anleger*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften,
werden wir
336 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension oder
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben.
Dafür
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten
des
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir

einen
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die
17 UN-Ziele
345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und
346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser
Grundlage müssen
347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.
348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung
durch
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel
durch
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken
bergen.

352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter
Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr
Rohstoffe
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen
und außerdem
355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität
beispielsweise gibt
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu
senken.
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft.**
Diese
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile
auch
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür
wollen wir
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen
Abfallvermeidung-
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen
Recyclingquoten
365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen.
Hersteller*innen
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden.
Ein
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus
fördert. Auch
371 Rücknahmepremien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone
können ein

372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-
Prozesse
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die
Digitalisierung
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger.
Für
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass
sie
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir
eine
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürgerinnen
und
383 Bürger absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder
384 selbstständig oder auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel
zwischen
385 diesen unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen,
freiwillige
386 und unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu
Bürgerversicherungen
388 weiterentwickeln, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf alle Einkommensarten
einzahlen. Die
389 Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen,
390 abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden, mit einem Recht
auf
391 Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit sich
insbesondere
392 Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können. Und wir
wollen, dass
393 in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen wollen wir eine
394 Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine Garantiesicherung, mit
der wir
395 Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale Abfederung der
Veränderungen,
396 sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an der Gesellschaft
teilzuhaben und
397 den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ mitgestalten zu können.

398 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

399 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die
Digitalisierung
400 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden

wegfallen
401 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der
Summe dann
402 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand
verlässlich
403 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv
404 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer.
Zugleich
405 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und
Fremdbestimmung. Ein
406 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive
Fachkräftemangel - eine
407 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen
im
408 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.
409 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der
Arbeitswelt - muss
410 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und
411 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.
412 Zukunftsbildung ist der Schlüssel
413 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer
414 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das
bedeutet
415 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu
zu
416 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen
417 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird
damit Teil des
418 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu
einer
419 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen
Jahrhunderten damit
420 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im
21.
421 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung
festschreiben.
422 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch
den
423 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während
424 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als
die
425 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im
Rahmen der
426 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch
auf
427 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.
428
429 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich
430 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale
Anlaufstellen für

431 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere
kleine
432 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn
sie
433 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die
434 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in
denen
435 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und
Hochschulen sowie
436 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste
437 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die
Bildungsagentur von
438 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die
439 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits
starke
440 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards
eingehalten
441 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter
nutzen.
442 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und
443 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich
444 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die
besondere
445 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil
sie
446 nicht gut lesen und schreiben können.

447 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer*innen insbesondere
beim
448 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige
Maßnahme
449 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der
Beschäftigten und
450 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der
Kurzarbeit muss
451 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir
die
452 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch
453 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen,
Gewerkschaften und
454 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

455 Fachkräftemangel bekämpfen

456 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf
457 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen
und die
458 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen
Wandels
459 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend
notwendig.
460 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht.

Wir

- 461 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**
462 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit
eines
463 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der
Arbeitsbedingungen und
464 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch
insbesondere
465 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus-
und
466 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt
467 integrieren.
- 468 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit
- 469 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“
und
470 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese
471 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine
472 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von
Frauen
473 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von
474 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die
eigenständige
475 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von
Frauen in
476 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach
erhöhten
477 Altersarmutsrisiko.
- 478 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und
Bildungseinrichtungen
479 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir
480 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr
Arbeitsvolumen in
481 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr
482 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegenden entwickeln und eine dreimonatige
PflegeZeit Plus
483 pro zu pflegender Person einführen.
- 484 Neue Jobs
- 485 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der
Pflege, der
486 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen
ausgebaut
487 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an
ihrer
488 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen
kümmern, dürfen
489 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

490 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit
stetigen
491 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs
geschaffen
492 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare
Sicherheit (BMU)
493 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-
Energien-Branche** in
494 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im
495 gesamten **Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5
Millionen
496 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7
497 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,
498 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter*innen, Bürokräfte - von der
499 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.
500 Gute Arbeitsbedingungen
501 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit
und
502 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive
503 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre
Erwerbstätigkeit überwinden.
504 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die
Unternehmen zum
505 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen
wir es
506 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von
507 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator*innen einen besonderen Schutz
erhalten
508 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat
angesehen und
509 verfolgt wird.
510 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die
Entscheidungen,
511 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer*innen im Betrieb.
Deshalb
512 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir,
dass die
513 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der
Weiterbildung
514 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen.
Die
515 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße
von
516 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der
517 Arbeitnehmervertreter*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im
Aufsichtsrat
518 erweitert werden.

519 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen.
Wir
520 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und
zudem dafür
521 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als
Sofortmaßnahme
522 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von ihrer
Arbeit
523 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren
524 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig
nicht mehr
525 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich
verankern,
526 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die
Tarifentwicklung
527 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter*innen der Wissenschaft in der
528 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

529 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag
die
530 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeschäftigten gelten sowie eine zusätzliche
531 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern
ein
532 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen
Lohn für
533 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**
534 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen,
dass die
535 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander
abgestimmt
536 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern
und
537 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die
heute noch
538 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im
539 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf**
nicht mehr
540 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden
können,
541 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

542 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**
anpassen.
543 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger
544 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer*innen-
Begriff neu
545 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige
546 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es
547 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu
schützen.
548 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürgerversicherung am
549 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu

550 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden
wir
551 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche
552 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren
notwendig sowie
553 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der
Auftragsvergabe
554 der öffentlichen Hand an Selbständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des
555 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

556 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**,
sie
557 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl
Erwerbs-
558 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer
gerechteren
559 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch
die
560 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an
561 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein
Recht
562 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es
563 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

564 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit
von
565 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen
566 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft,
sowie von
567 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im
Home-Office,
568 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug
auf den
569 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen
Betriebssitz. Es
570 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser
ins Leben
571 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der
572 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

573 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive
574 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit.
Dies
575 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen
politisch
576 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt
werden.

577 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern rund um
578 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze

für
579 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie
es im
580 Rahmen des Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der
Digitalisierung
581 nutzen und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine
582 **Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-
Stunden-Stellen als
583 Vollzeitstellen anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem
584 Arbeitszeitkorridor umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen
585 Arbeitszeiten ist darauf zu achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem
586 Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist
für
587 uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir
588 Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.

589 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist
notwendig,
590 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition
591 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei
weitem
592 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund
der
593 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können.
In
594 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der
lange
595 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass
sich
596 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die
sich um
597 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im
Zeitraum von ca.
598 9 bis 15 Uhr stattfinden.

599 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in
600 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die
rund um
601 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer
noch
602 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem
603 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln,
und
604 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche
Unternehmen zu
605 fördern.

606 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von
Unternehmen
607 mit Frauen besetzt werden, Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für
Aufsichtsräte**
608 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine
40-

609 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und
610 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine
611 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in
612 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für
die
613 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-
Office
614 einführen.

615 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

616 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem
Fachkräftemangel als
617 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die
618 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang
sind wir
619 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen

620 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen
deutlich
621 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen
622 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen
mehr
623 Informationen bereit zu stellen.

624 Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

625 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe
im Beruf
626 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz
gehören
627 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und
geschlechtliche
628 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,
629 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft
sind in
630 der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher.**

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher
Arbeitgeber*innen
632 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch
633 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das
634 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch
mehr
635 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert

636 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und
637 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und
Gleichstellungsstrategien,**
638 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für
Führungskräfte,
639 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und
640 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit

gutem

641 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**
642 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass
anonymisierte

643 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen
grundsätzlich

644 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die
Bürokratiekosten.

645 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die
im

646 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von
Beschäftigten

647 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten
und

648 LSBT*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf
keine

649 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen

650 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger
fassen und

651 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

652 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

653 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen
Wandel voran

654 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue
Arbeitsplätze,

655 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen
Forschungsbonus

656 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten
und Verfahren

657 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der
Umsatzsteuer

658 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In
Strukturwandelregionen

659 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen
Unternehmen

660 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen
und

661 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die
Energiewende,

662 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die
Landwirtschaft.

663 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere
Tarifbindung

664 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der
Ausbildung

665 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden.
Durch

666 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen

wir dafür, dass
667 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.
668 Gründer*innen fördern
669 Wir brauchen eine neue Gründer*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig
Eigenkapital
670 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen
671 Gründungskapitals, welches Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000
Euro
672 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das
Gründungskapital
673 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und
674 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-
675 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams
sowie
676 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.
677 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch
678 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female
Founder
679 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein
großes
680 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel
eher
681 männliche als weibliche Gründer*innen, weshalb wir die Diversität des
Gründungsteams zu
682 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen
wollen **Wir**
683 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu**
schaffen, der sich nur
684 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht.
Nach einem
685 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen
Effekt
686 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen
für Frauen,
687 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben
finanziell
688 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können
dazu
689 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen
zu
690 entwickeln und umzusetzen.
691 Jede fünfte Gründerin und jeder fünfte Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Die
692 migrantische Ökonomie ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden.
Deutschlandweit
693 machen von Menschen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20
Prozent aller
694 Unternehmen aus. In einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit
leisten
695 sie einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die

696 Hürden bei allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für
697 Menschen mit
698 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem
699 persönlichen
700 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten
701 werden und
702 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie
703 schaffen.

704 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein
705 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die
706 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige
707 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren
708 so
709 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen**
710 **Auftragsvergabe und**
711 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und**
712 **innovative**
713 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren
714 verschlankt und
715 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten
716 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit
717 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen
718 durchsetzen
719 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

720 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer*innen
721 den
722 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von
723 nicht
724 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und
725 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer*innen Zeit
726 zum
727 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von
728 Gründer*innen und
729 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die
730 heutige
731 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir
732 wollen
733 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher
734 zum
735 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

736 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige**
737 **öffnen** und
738 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche
739 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine
740 Kultur des
741 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge
742 ermöglicht.

725 Für die erfolversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**
726 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-
727 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie
sollen
728 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und
zu
729 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter*innen des Startups
730 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum
auch Beratung
731 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.
732 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten
733 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir
fordern
734 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die
vollständige
735 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger*innen und
der
736 Verwaltung viel Zeit und Geld.
737 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele
738 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt
von
739 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen
wir
740 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir
beschleunigen.
741 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen
742 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine
zügige
743 Planung auszustatten.
744 Wagnisse ermöglichen
745 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende
Technologien auch
746 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
747 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den
Unterschied
748 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen
Unternehmen
749 ausmachen.
750 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der
751 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine
Investitionswelle im
752 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber*in jungen
753 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass
unsere
754 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das
755 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel
756 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal

- 757 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.
- 758 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig
- 759 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter
- 760 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig
- 761 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den
- 762 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich
- 763 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern wir
- 764 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem
- 765 Bürgerfonds.
- 766 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge
- 767 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von
- 768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.
- 769 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500
- 770 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in
- 771 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente
- 772 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds aufbauen,
- 773 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.
- 774 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen
- 775 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedsstaaten sich beteiligen müssen,
- 776 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.
- 777 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der
- 778 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme
- 779 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und
- 780 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir Grüne wollen technischen Fortschritt, der sich an
- 781 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.
- 782 **7. Digital von der Null zur Eins werden**
- 783 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die
- 784 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der
- 785 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie
- 786 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigerender Produkte und Dienste.
- 787 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

788 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch
789 von
789 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende
Eingriffe
790 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und
791 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

792 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür
muss
793 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem
794 Unternehmertum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir
dabei
795 unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der
796 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

797 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und
plädieren
798 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-
799 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine
eigene
800 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine
effiziente und
801 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

802 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen
Halbleiterindustrie** -
803 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im
Bereich
804 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig..
Ein
805 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt
werden. In
806 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in
Europa.
807 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von
808 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

809 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

810 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die
eine
811 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner
Verbraucherschutz,
812 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen –
auch bei
813 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail
selbstverständlich
814 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken
gewährleistet
815 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und
wechseln
816 zu können.

817 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten.
Deshalb
818 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher
von der
819 Bundesregierung verhindert wird.

820 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder
821 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden.
Wenn
822 beispielsweise
823 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine
beim Verkauf
824 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den
lokalen
825 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co.
schützen. Ziel ist
826 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen.** Außerdem
werden wir
827 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die
Gewinne von
828 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

829 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein
830 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte
zu
831 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine
gesetzliche
832 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

833 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

834 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene
835 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt,
insbesondere
836 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und
wir
837 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue
838 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die**
Grundvoraussetzung, damit
839 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft
diesen
840 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung
öffentlicher
841 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle
zu, die
842 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen
843 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

844 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich
durch die
845 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden
können. Solange
846 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum

Datenaustausch

- 847 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen
oder
848 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.
849 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten
und zur
850 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die
auch
851 strafbewehrter Verbote einschließen.
- 852 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung
nicht
853 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus
Entwicklungs- und
854 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen
855 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen
Vorgaben für
856 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die
treuhänderisch
857 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch
Kartellbehörden
858 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende
Ausgestaltungsmöglichkeiten für
859 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von
Einzelpersonen, wollen
860 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste
861 Modellprojekte anstoßen.
- 862 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen
863 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem
864 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit
der
865 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen
Welt stärken
866 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche
und
867 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**
- 868 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der
Haftung,
869 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer
Entscheidungen sowie
870 essentielle IT-Sicherheitsstandards.
- 871 IT für grüne Ziele nutzen
- 872 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter
zusammenzuführen. Die
873 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür
874 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial**
der
875 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die
Digitalisierung kann

876 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln,
besteht aber
877 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung
wird.
878 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und
der
879 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird
der
880 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen,
wenn
881 wir nicht umsteuern.

882 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine
883 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-
IT“ -
884 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige
885 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches
Potenzial für
886 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

887 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO₂-Emissionen bis 2030
gegenüber
888 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent
889 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30
Prozent könnte der
890 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem
891 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir
konsequent
892 nutzen.

893 Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in
vielen
894 Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die
895 Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür,
dass
896 Wegstrecken zur Arbeit und damit CO₂-Emissionen eingespart werden können. Mit den
897 selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und
zusätzlich
898 flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele
899 Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form
900 intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und
etwa
901 Leerfahrten zu verhindern.

902 IT-Sicherheit für die Industrie

903 Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer
Industrie.
904 Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-
Sicherheit**, in dem
905 das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung
von

906 Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern.
Außerdem
907 wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für
908 Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

909 **8. Die Technik von morgen entwickeln**

910 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für
911 Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen.
Innovationen
912 entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und
913 Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in
isolierten
914 Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die
915 Umsetzung zu kommen.
916
917 Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere
Hochschulen, freie
918 Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und
919 Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität
920 entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der
Forschung
921 ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam
entwickelt und in
922 der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung
zu
923 fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung
neuer
924 Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet
werden.
925 Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch
in
926 Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo
Märkte
927 versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen.
Für
928 diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme
ambitionierter,
929 risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden,
proaktiven
930 und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als
Leadinvestor ein
931 innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.
932 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre.
Hochschulen und
933 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer
Logik. Gerade
934 disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf
eine
935 unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es
936 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb

setzen

937 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der
938 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

939 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

940 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des
21.

941 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen
der

942 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens-
und

943 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**

944 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen
wir ein

945 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die

946 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,

947 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um

948 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

949 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen

950 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein
deutsch-französisches**

951 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen
hat die

952 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen
etabliert.

953 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und
Initiativen eng

954 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles
deutsch-

955 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher

956 zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

957 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft,
digitale

958 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau
eine

959 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von
schnellem

960 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die
Bundesregierung

961 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und
5G-

962 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

963 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher
die

964 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von
5G, die

965 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die

966 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir
967 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren
über
968 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und
die
969 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir
setzen uns
970 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst
einheitliches
971 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

972 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem
Internet bis zu
973 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide
974 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den
Glasfaserausbau
975 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner
976 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei
neuen
977 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte
Verpflichtungen
978 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

979 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

980 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb
wollen wir
981 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,
982 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für

983 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter
984 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere
Open
985 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern.
Wir
986 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu
987 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und
neue
988 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science
Slams bilden
989 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an
990 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger*innen und Forschenden.

991 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere
Rolle
992 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und
Entwicklung
993 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen
994 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von
öffentlichen
995 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei
Forschungsanliegen
996 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu berücksichtigen. Dafür

997 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der
998 Formulierung von Forschungsfragen.

999 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass
Patente und
1000 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes
Wissen)

1001 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern.
Investitionen aus

1002 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an
der

1003 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte
in

1004 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons)
entwickelt

1005 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

1006 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1007 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und
1008 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen
Kommunen klafft

1009 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel
1010 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu
erhalten.

1011 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung
nach

1012 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem
1013 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1014 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser
zu

1015 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann
über

1016 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen
auch

1017 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von
Investitionen und dem

1018 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft

1019 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und
Verwaltung

1020 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen
dann das

1021 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen
Regionen

1022 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen
1023 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht
dort

1024 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1025 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen
ausrichten,

1026 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort
1027 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen
Altschulden
1028 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber
auch die
1029 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige
1030 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu
sehr
1031 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen
wieder Luft
1032 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben
entlasten und
1033 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den
Genuss der
1034 günstigsten Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale
Wirtschaftsförderung**
1035 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu
bewältigen
1036 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen
ist nicht
1037 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete
Fachkräfte
1038 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr
ansiedeln.

1039 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach
Cottbus
1040 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder
Warschau.
1041 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin
1042 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute
Bahnverbindungen würden die
1043 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren
stärken**
1044 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und
kulturellen
1045 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend
und
1046 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln
bzw.
1047 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.
1048 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit
oder sind
1049 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge
Zugewanderte
1050 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

1051 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen
Binnenmarktes**
1052 **nutzen**

1053 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,
1054 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und

Europa

- 1055 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.
- 1056 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein großes
- 1057 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu
- 1058 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
- 1059 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu
- 1060 lassen.
- 1061 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der
- 1062 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich Unternehmen
- 1063 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO
- 1064 international Karriere.
- 1065 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für
- 1066 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen
- 1067 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus
- 1068 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,
- 1069 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-**
- 1070 **ökologische Marktwirtschaft.**
- 1071 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen
- 1072 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach
- 1073 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer
- 1074 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische
- 1075 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.
- 1076 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit
- 1077 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv
- 1078 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,
- 1079 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch
- 1080 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige
- 1081 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO2-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller
- 1082 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen

- 1083 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige
Investitionen
1084 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen
Investitionsprogramme müssen
1085 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.
- 1086 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher
1087 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter
1088 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.
1089 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch
- 1090 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben
beteiligen.
1091 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und
eine
1092 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme
müssen Teil
1093 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.
- 1094 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen
- 1095 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten
1096 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen
Wettbewerb auf
1097 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der
Anti-
1098 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung
der Regeln
1099 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei
öffentlichen
1100 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die
Möglichkeiten zu
1101 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag
zu
1102 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu
berücksichtigen.
- 1103 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,
1104 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es
eine
1105 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische
1106 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen
lassen und
1107 dadurch den Wettbewerb verzerren.
- 1108 Kontrolle über kritische Infrastruktur
- 1109 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische
Infrastruktur**
1110 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für
1111 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und
konsequent
1112 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische
Infrastruktur

1113 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten
Fall
1114 erpressbar.

1115 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen
1116 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen
Infrastruktur**
1117 **notwendig.**

1118 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die
deutsche
1119 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere
digitale
1120 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende
1121 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden
IT-
1122 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders
1123 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt,
wie
1124 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz
besonders
1125 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher
1126 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer
1127 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware
und
1128 unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch
für
1129 europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu
1130 erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale
Souveränität
1131 für Europas Bürgerinnen und Bürger und seine Unternehmen zu verfolgen.

1132 Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1133 Auch global sollten wir Europäer*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes
europäisches
1134 Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss
fair
1135 produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.

1136 Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden.
Dafür braucht
1137 es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber
Handelspartnern
1138 einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und
menschenrechtliche
1139 Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz
neuer
1140 Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar
machen.
1141 So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren
Vorprodukte mit
1142 Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1143 Den Euro zur Leitwährung machen

1144 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen
Währung.

1145 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand
aller

1146 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.

1147 Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die
Währungsunion

1148 **vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische
1149 Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt,
dass eine

1150 Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut
funktionieren

1151 kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im
Abschwung

1152 beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter
finanzieren

1153 kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter
wie den

1154 Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder
die

1155 Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert
und

1156 investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden
Staaten

1157 umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über
europaweite Steuern

1158 wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer
1159 harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1160 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen
Währung.

1161 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand
aller

1162 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der
Währungsunion

1163 braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen
Markt für

1164 sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das
gemeinsame

1165 Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum
Beispiel

1166 grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame**
europäische Anleihen

1167 zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts
und

1168 perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.

1169 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist
nicht

1170 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage
1171 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1172 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür
1173 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**
1174 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen
Mitbestimmung
1175 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame
1176 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher,
dass
1177 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler
abgewickelt
1178 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive
einer
1179 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum andern braucht
es dafür
1180 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung
ausgestaltet
1181 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.
1182 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre
bewährten
1183 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit
seiner
1184 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.
1185 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb
Europas und zur
1186 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden
1187 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum
Atmen
1188 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um
dies
1189 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der
1190 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir
uns für die
1191 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen
Stabilisator
1192 ein.

1193 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1194 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes
1195 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht
1196 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der
1197 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee
1198 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten
hohe
1199 Gewinne auf Kosten der Verbraucher*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung
behindern.
1200 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen
und erhöht
1201 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben
und
1202 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale
Geschäftsmodelle

1203 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer*innen zahlen für viele
Dienste im
1204 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne
Plattformen zu
1205 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um
1206 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner*innen Preise zu diktieren
oder
1207 Konkurrent*innen auszubooten.

1208 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie
anderen
1209 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die
1210 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den
1211 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**
1212 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach
dieses
1213 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches
1214 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und
verbraucherschädigendes Verhalten
1215 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole
1216 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen
kann.

1217 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
nachweisen,
1218 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir
treten
1219 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch
aufgespalten werden
1220 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und
Gesellschaft wird.

1221 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook**
und
1222 **WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie
sie heute
1223 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen,
wollen
1224 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten
1225 Datenschutzbestimmungen entfachen.

1226 Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge
angewandt
1227 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei
1228 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer
Agrochemiekonzerne
1229 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die
Umwelt.
1230 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

1231 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreterin für Außen- und
1232 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten
werden.

1233 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der
1234 Abgasskandal hat
1235 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu
1236 umgehen.
1237 Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine
1238 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten
1239 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat
1240 seine Gesetze
1241 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte
1242 Gesetzeslücken
1243 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht
1244 immer
1245 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie,
1246 Aufsichtsbehörden
1247 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist*innen und Interessengruppen auf
1248 den
1249 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches
Lobbyregister**
1250 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der
1251 Wirtschaft
1252 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor
1253 Sanktionen
1254 und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und
1255 abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für
1256 Whistleblower*innen.
1257 Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten
1258 bei
1259 öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.
1260 Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die
1261 vom
1262 Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht
1263 auch
1264 zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften,
1265 Entschädigungsansprüchen
1266 nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals
1267 Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch
1268 muss
1269 jede* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen,
1270 um das
1271 Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen

1272 Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre
1273 haben gezeigt:
1274 Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und
1275 beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus
1276 internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten
1277 benutzen
1278 die berechnete Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in den

1262 Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche
1263 und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik
Umweltschutz,
1264 Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in
Balance
1265 bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen
Süden
1266 Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber
auch einen
1267 Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen
voneinander ab.
1268 In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen
1269 global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die
wohlhabenden
1270 und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den Weg für eine grüne Wende
im globalen
1271 Maßstab ebnen.

1272 Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen
dieses
1273 Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang
zu
1274 unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer
Mindeststandards.
1275 Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen weltweit entstehen.
Wenn
1276 Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser
Klimaabkommen,
1277 die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen,
dürfen diese
1278 nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar
konterkariert
1279 werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner*innen sich
1280 verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine
menschenrechtliche
1281 Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
1282 aufzuerlegen.

1283 Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das
Mercosur-Abkommen,
1284 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel
1285 einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir
1286 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP,
CETA
1287 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima,
Umwelt,
1288 Menschenrechte, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen enthalten. Der
brennende Amazonas
1289 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und
den
1290 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den

1291 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von**
1292 **Agrarprodukten aus**
1293 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**
1294 **Regenwald.**
1295 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die
1296 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald
und die
1297 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen
wirkungsvollen
1298 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen
werden könnten.

1299 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer**
1300 **bisherigen Form ab**, denn
1301 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht.
Deswegen
1302 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des
1303 jetzigen
1304 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt.
Außerdem ist
1305 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen,
die es
1306 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und
die
1307 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1308 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie
auf
1309 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für
fairen, offenen,
1310 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die
Globalisierung
1311 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür
müssen
1312 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein
1313 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf
1314 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung
auswirken.

1315 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das
beinhaltet
1316 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser
1317 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder
aufgehoben werden,
1318 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder
dessen Ziele
1319 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die
Nicht-
1320 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1321 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen für
alle Teile
1322 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur

regulatorischen

1320 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire

1321 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um
Dienstleistungen so zu

1322 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1323 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für
1324 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene
klagen

1325 können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden
1326 Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden
Regeln, die

1327 Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen
gegen Fracking-

1328 Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1329 Lieferkettengesetz einführen

1330 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter
die Räder

1331 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für
Unternehmen

1332 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten
1333 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und
Verpflichtungen

1334 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus
gerodeten

1335 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte
Deutschland

1336 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich
entwaldungsfreien

1337 Lieferketten einkaufen.

1338 Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar
machen,

1339 wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an
Menschenrechtsverletzungen

1340 beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder
bewusst ihre**

1341 **Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland
zivilrechtlich**

1342 **belangen können**. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen
müssen

1343 entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor
allem

1344 müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte
1345 produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht
durch

1346 Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und
1347 ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren
Supermarktregalen

1348 sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft

und
1349 Menschenrechte.

1350 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der
1351 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding
Treaty
1352 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere
Wirtschaftsunternehmen für
1353 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1354 Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards
für
1355 Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden.
So
1356 sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im
Kongo
1357 geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesh vergiftet haben oder
auch
1358 Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den
Europäischen Markt
1359 gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die
1360 Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale
Verbesserungen entlang
1361 der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1362 Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1363 Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch
Handelsabkommen
1364 vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz
sensibler
1365 Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung
regionaler
1366 Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher
1367 Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen
1368 Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von
Verträgen
1369 zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1370 Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden,
die den
1371 Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und
1372 klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür
1373 kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete
Produkte
1374 aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern.
Wir
1375 wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen
die
1376 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen
Handelsabkommen, da
1377 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu
geraten.

1378 Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

1379 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um

1380 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von

1381 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.

1382 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher

1383 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau von

1384 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu

1385 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten

1386 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn

1387 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,

1388 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung

1389 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen

1390 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen

1391 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor*innen und Unternehmen, im

1392 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1393 Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

1394 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“ aufgekündigt

1395 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die

1396 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die

1397 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen

1398 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und

1399 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt erschüttert

1400 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer

1401 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen

1402 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir

1403 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System stabilisierter**

1404 **Wechselkurse anregen**. In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen, Entwicklung und

1405 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1406 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir

1407 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern
ermöglicht,
1408 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür
1409 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch
1410 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre
Währungen
1411 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine
1412 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu
kommen, wollen
1413 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf
Entwicklungsländer
1414 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte
1415 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern
es mit
1416 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-
1417 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen
Union
1418 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1419 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive
Investitionen.
1420 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet
bereitzustellen,
1421 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1422 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale
Entwicklungsbanken können
1423 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-
1424 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern
verlässlichen Zugang
1425 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die
Weltgemeinschaft für
1426 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der
"gemeinsamen,
1427 aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit
ganz
1428 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir
dürfen sie
1429 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und
1430 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1431 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein
1432 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein
System, das
1433 die Interessen der Gläubiger*innen und Schuldner*innen austariert, führt zu adäquater
1434 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die
1435 aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle.
Genauso wie
1436 korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für
Fehlinvestitionen
1437 belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das

Einklagen

1438 von Schulden verwehrt werden.

1439 Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des
1440 Gemein-

1440 wohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik
1441 "Nettokreditgeber" –

1441 das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren geht, übersteigt
1442 die

1442 Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Entwicklungszahlungen. Wir
1443 unterstützen

1443 daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die organisierte Ausbeutung über
1444 Steuersümpfe und

1444 das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten dabei unterstützen, solide
1445 Steuersysteme

1445 aufzubauen.

1446 **13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1447 Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung
1448 realwirtschaftlicher

1448 Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese
1449 positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die

1450 globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen
1451 Zahlungsverkehr,

1451 Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und

1452 internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister
1453 gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang

1453 mit

1454 Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1455 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive

1456 Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten
1457 Regulierungen

1457 und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine
1458 Spekulationsgeschäfte und

1458 vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf
1459 so

1459 genannten nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen,
1460 der

1460 zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine
1461 Erbensprüche

1461 vorhanden sind. Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur
1462 Erfassung

1462 dieser Konten, deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1463 Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch
1464 wieder

1464 im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In
1465 Deutschland

1465 hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und
1466 Privatbanken

1466 bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken.**
1467 Öffentliche
1468 Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der
1469 nicht-
1470 finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren
1471 eine
1472 Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und
1473 transparenter
1474 werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.
1475 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen
1476 Regeln
1477 werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** -
1478 eine
1479 ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent- stellt sicher, dass genügend
1480 Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende
1481 systemrelevante Banken
1482 müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des
1483 Geschäftsmodells
1484 orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den
1485 Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz
1486 berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives
1487 Trennbankensystem,
1488 hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht
1489 mehr das
1490 Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der
1491 Steuerzahler*innen gehört
1492 dann der Vergangenheit an.
1493 Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten
1494 entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr
1495 einfacher und
1496 schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare
1497 Wettbewerbsregeln
1498 schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante
1499 Stellung nutzen
1500 können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung
1501 eines **E-**
1502 **Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen.
1503 Diese
1504 von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch
1505 vielen
1506 Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen.
1507 **Privates Geld**
1508 wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber
1509 potentiell
1510 viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines
1511 Konzerns,
1512 die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon
1513 problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und
1514 Währungsmonopols
1515 lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1495 **Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil
1496 sich ihre
1497 Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen
1498 eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen.
1499 Diese
1500 Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer
1501 Versicherung
1502 eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden
1503 gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel
1504 zu
1505 gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden.
1506 Auch
1507 sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden
1508 wir es
1509 nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die
1510 Zustimmung des
1511 Kunden weiterverkaufen.

1512 **Die Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es
1513 heute dazu,
1514 dass Anleger*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit
1515 den
1516 höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der
1517 Kunde zahlt
1518 die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die
1519 Berater*in,
1520 dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern
1521 und
1522 sich das Berufsbild der Berater*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen
1523 Finanzinstitute
1524 Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1525 **Der Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern-
1526 und
1527 Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die
1528 Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für
1529 Banken
1530 und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu
1531 Finanzierungen,
1532 die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher
1533 Hand, wie
1534 deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen
1535 müssen
1536 ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1537 machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im
1538 Einklang mit
1539 dem Pariser Klimaabkommen stehen.

1540 Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie
1541 sollte
1542 Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als
1543 Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

1524 Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten
1525 Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen
der
1526 Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll
all
1527 den Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren
Einkommen
1528 zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten
anzusparen. In
1529 den Bürgerfonds zahlt jede Bürger*in automatisch einen bestimmten Teil seines
Einkommens
1530 ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die
1531 Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der
Einzahlung in den
1532 Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden,
wird der
1533 Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden
wir
1534 stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige
1535 Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine
Ersparnisse
1536 haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die
Wirtschaft wird
1537 von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das
Kapital ist
1538 nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen
1539 Anlageentwicklung verpflichtet.

1540 **14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1541 Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie,
Wasser,
1542 Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger*innen grundlegende Güter und
1543 Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine
wichtige
1544 Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der
öffentlichen
1545 Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller
Träger
1546 wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen
gestärkt
1547 werden.

1548 Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele.
Immer
1549 mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum
wirtschaftlichen
1550 Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger*innenbewegung werden wir
systematisch
1551 stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von
sozial-ökologisch
1552 inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform

ermöglichen, die
1553 eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen
nicht mehr
1554 von Vermögenseigentümer*innen sondern von Verantwortungseigentümer*innen
gehalten wird.

1555 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote
für
1556 Gründer*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für
alle
1557 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und
Vereine
1558 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1559 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive
Rechtsformen.
1560 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften**
wollen wir in
1561 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine
1562 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten.
Die
1563 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen
Ökonomie
1564 sichtbar werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.
1565 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches
Kombinationsverbot von
1566 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve
1567 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen.
So
1568 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf
1569 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und
1570 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige
1571 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum
Beispiel über
1572 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1573 So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen
und damit
1574 die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere
Beziehungen
1575 zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren
Wertschöpfungsketten.

1576 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln
abzunehmen,
1577 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-
1578 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht
1579 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen
wir
1580 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu
1581 ermöglichen.

1582 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen,
dass auch
1583 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlabilanzen** erstellen oder in die
Finanzbericht
1584 integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien
1585 berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlabilanzen oder der integrierten
Bilanzierung von
1586 sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)
1587 Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige
1588 gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per
Mehrheitsbeschluss
1589 künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem
Risiko
1590 ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

1591 **15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1592 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede
achte der
1593 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all
seine
1594 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine
Smartphones,
1595 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen
Vorzeichen
1596 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen
1597 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige
1598 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in
der
1599 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug
1600 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen.
Eine
1601 stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit,
denn
1602 zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit
einer
1603 Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.
1604 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder
1605 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden
dabei
1606 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften
Ausgaben zum
1607 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den
Zusammenhalt
1608 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende
1609 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung
von
1610 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.
1611 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der
Bauwirtschaft
1612 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik

ist
1613 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft
als
1614 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren
1615 dauerhaft und nachhaltig.
1616 Investitionsgesellschaften gründen
1617 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen
erzielen
1618 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das
gleiche
1619 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles
1620 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in
1621 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent
managen.
1622 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch
1623 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar
negativer
1624 Zinsen.
1625 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die
Verschuldung von
1626 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften
oder
1627 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das
gleiche
1628 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus
dem
1629 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes
private
1630 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der
Bund gibt
1631 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine
1632 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für
1633 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die
Verschuldungsgrenze
1634 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung
sollen für
1635 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für
Parlament und
1636 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die
1637 Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit
öffentliches
1638 Vermögen auch öffentlich bleibt.
1639 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren
1640 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es
nicht zu
1641 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der
1642 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen.
In

1643 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der
1644 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1645 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,
1646 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren,
verspielen wir
1647 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch
sichere
1648 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren
Schuldenstand
1649 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir
wollen**
1650 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien
weiterentwickeln**
1651 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund
mehr investiert
1652 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch
durch
1653 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen
Investitionen**
1654 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach
Abnutzung und**
1655 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung
bewegt.**

1656 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran
gebunden,
1657 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des
BIP
1658 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.
1659 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter
fallen
1660 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit
wirtschaftliche
1661 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir
diese
1662 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder
Ausgabenkürzungen, denn
1663 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer
nachhaltigen
1664 Finanzpolitik.

1665 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro
Jahr
1666 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds**
überführen, der
1667 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt.
Er
1668 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung
entfalten.
1669 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine
Änderung
1670 des Grundgesetzes an.

1671 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und
1672 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-
Investitionsfonds,
1673 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der
vorgegebenen
1674 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1675 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf
europäischer
1676 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche
1677 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum
Beispiel indem
1678 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private
Investitionen
1679 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche
Investitionen
1680 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir
Bestrebungen,
1681 die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-
ökologische
1682 Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt
ein. Wir
1683 kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser
und schneller
1684 gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für
diesen
1685 europäischen Mehrwert zu verteidigen.

1686 [1](#) Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren
Maßnahmenplan für
1687 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.